

## KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

### Kein Qualitätsabbau an der Volksschule

Während der Gesamtregierungsrat zu einem Besuch in Brüssel weilte, beschloss der Kantonsrat über neun Parlamentarische Initiativen. Die SVP Fraktion brachte sich mit diversen Vorschlägen und Voten bei dieser Debatte ein.



YVES SENN  
KANTONS RAT SVP  
WINTERTHUR

**Anita Borer** (SVP, Uster) forderte zusammen mit der FDP und der CVP eine Änderung des Volksschulgesetzes. Konkret soll die Änderung des Zeugnisreglements und die damit verbundene Ausstellung von jährlich nur noch einem Zeugnis für Schülerinnen und Schüler der 2. bis 5. Klasse rückgängig gemacht werden. Anita Borer betonte im Rat, dass dieser Schritt ein Schritt in Richtung eines weiteren Qualitäts- und Leistungsabbaus in der Schule sei. Die Eltern sollen wissen, wo ihre Kinder leistungsmässig stehen. Eine zweimal jährlich stattfindende Beurteilung mit Zeugnisnoten sei zwingend nötig, um rechtzeitig auf die Leistungsschwächen hinzuweisen um allfällige Verbesserungsmassnahmen einleiten zu können. Die nur einmal pro Jahr durchgeführte Beurteilung von der 2. bis 5. Klasse steigere die Anforderungen an Eltern sowie Schüler beim Wechsel zur zweimal jährlich stattfindenden Notengebung in der 6. Klasse zusätzlich. Eltern und Schüler sähen sich – kurz vor dem Übertritt in die Oberstufe – mit einem erhöhtem Leistungsdruck konfrontiert. Dies zu einem Zeitpunkt, zu welchem es bereits zu spät sei, noch entscheidende Verbesserungen der Schulleistungen zu erreichen.

In der Antwort auf die Vernehmlassung zum Zeugnisreglement falle zudem sofort auf, dass sich eine Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer gegen die Ausstellung von nur einem Zeugnis pro Jahr aussprach. Diese sehr wichtige Äusserung floss demnach nicht in das revidierte Zeugnisreglement ein, was angesichts der Eindeutigkeit der Antwort unverständlich sei. Zudem trage diese Massnahme nicht wesentlich zur beabsichtigten Entlastung der Lehrpersonen bei. Eine tatsächliche Entlastung würde nur stattfinden, wenn die Lehrpersonen weniger Prüfungen und Leistungsbeurteilungen durchführen würden, was nicht Ziel einer qualitativ guten Schulbildung sein könne. Der Kantonsrat folgte den Argumenten von Anita Borer und unterstützte die Parlamentarische Initiative mit 127 Stimmen vorläufig.

#### Jugendhilfestellen

**Margret Rinderknecht** (SVP, Wallisellen) forderte zusammen mit der EDU und der FDP eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Konkret sollen die Aufgaben eindeutig entweder als Kantons- oder als Gemeindeaufgabe definiert werden. Margret Rinderknecht erklärte, dass schon bei den Beratungen über das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) und beim Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR) die Fragen nach den Aufgaben und Finanzierungspflichten von Kanton und Gemeinden aufgeworfen wurden. Da es sich beim Vollzug des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts wie schon beim bisherigen Vormundschaftsrecht um eine eindeutige Aufgabe der Gemeinden handle, haben die Gemeinden die anfallenden Kosten vollumfänglich zu tragen. Folglich seien auch die Kosten, die sich aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) für die Jugendhilfestellen (als Ersatz der Jugendsekretariate) ergeben, vollumfänglich durch den Kanton zu tragen, da es sich hierbei um dezentrale Verwaltungseinheiten des Amtes für Jugend und Berufsberatung handle. Darum dürfe es nicht sein, dass die Gemeinden eine kantonale Amtsstelle mit Gemeindebeiträgen von 40 Prozent subventionieren. Mit dem neuen KJHG und der damit verbundenen Abschaffung der Bezirksjugendsekretariate sei die Stellung der Gemeinden weiter geschwächt worden, sodass sich eine fixe Kostenbeteiligung an die Jugendhilfestellen nicht mehr rechtfertigen lasse. Der Kantonsrat folgte den Argumenten von Margret Rinderknecht und unterstützte die Parlamentarische Initiative mit 109 Stimmen vorläufig.

#### Ordentliche Staatsanwälte

**Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) forderte zusammen mit der BDP eine Änderung der Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG). Konkret soll der Kantonsrat die Zahl der im Kanton und in den Bezirken zu wählenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte festlegen und dabei den Einwohnerbestand und die Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken berücksichtigen. Hans-Peter Amrein akzentuierte, dass gemäss geltendem GOG die ordentlichen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im ganzen Kan-

ton eingesetzt werden. Die in den einzelnen Bezirken verübten Straftaten seien nicht nur das Werk von in diesen Bezirken ansässigen Personen, sondern von im ganzen Kanton Ansässigen sowie von Tätern mit Provenienz ausserhalb des Kantons und im Ausland. Es sei deshalb angebracht, dass die Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des ordentlichen Staatsanwaltes den Einwohnerbestand der einzelnen Bezirke und der Bevölkerung der Bezirke im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Kantons Zürich widerspiegeln. Der Kantonsrat folgte den Argumenten von Hans-Peter Amrein und unterstützte die Parlamentarische Initiative mit 84 Stimmen vorläufig.

#### Staatsvertrag mit Deutschland

**Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon), **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf) und **Anita Borer** (SVP, Uster) forderten im Namen der SVP Fraktion das Kantonsreferendum gegen den am 2. Juli 2012 paraphierten Staatsvertrag mit Deutschland betreffend An- und Abflugverfahren am Flughafen Zürich (siehe Kommentar). Der Kantonsrat folgte den demokratischen Argumenten und unterstützte die Parlamentarische Initiative mit 74 Stimmen vorläufig.

#### Rekurskommission

**Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) forderte zusammen mit der FDP und der SP im Namen der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG) eine unabhängige Rekurskommission für das Kantonsspital Winterthur und das Universitätsspital Zürich. Willy Haderer hob hervor, dass festgestellt wurde, dass der Spitalrat aufgrund seiner rekursinstanzlichen Verpflichtungen nicht der Situation angepasst aktiv zur Konfliktbewältigung und Lösungsfindung beitragen könne. Denn bei Rekursen gegen die Spitaldirektion solle daher nicht wie heute der Spitalrat Rekursbehörde sein, sondern eine unabhängige Rekurskommission eingesetzt werden. Als Gegenvorschlag zu dieser Parlamentarischen Initiative wäre allenfalls auch eine einzige Rekurskommission über alle selbstständigen Institutionen zu diskutieren. Der Kantonsrat folgte den Argumenten von Willy Haderer und unterstützte beide Parlamentarische Initiativen mit 154 bzw. 157 Stimmen vorläufig.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### Kröten fressen statt Rosinen picken



B. STEINEMANN  
KANTONS RÄTIN SVP  
WATT

«Es wird künftig mehr Ruhe über deutschem Himmel geben» sagte der deutsche Verkehrsminister Peter Ramsauer Anfang Juli 2012 nach der Einigung mit der Schweiz im Fluglärmstreit.

Deutschland und die Schweiz hatten eigentlich einst gemeinsam festgestellt, dass die streitige Fluglärmbelastung durch den Klotener Flugbetrieb in Südbaden kaum messbar ist – der relevante Lärm betrifft fast ausschliesslich schweizerisches Staatsgebiet, wodurch in der Schweiz ironischerweise deutlich mehr Deutsche von Fluglärm betroffen sind als in Südbaden.

Die Südbadener preisen ihre Gegend mit der Nähe zum Flughafen Zürich als Trumpf an. Die maximal eine Stunde Anreisezeit bis zum nächsten Flughafen ist ein willkommener Vorteil, die dazugehörigen Belastungen überlassen sie einseitig uns Zürchern. Manche Kreise werfen der Schweiz gerne eine gewisse unangemessene Vorteilsnahme bei internationalen Verhandlungen vor, die hier vorliegende Episode dürfte jedoch wohl eher mit «Kröten fressen statt Rosinen picken» tituiert werden.

#### Machtpolitische Agitationen

Ginge es den Deutschen wirklich um den Lärm, würden sie eine Begrenzung des Lärms, nicht der Bewegungen und der Überflugzeiten, verlangen. Das nährt den Verdacht, dass es sich hierbei einfach um einen weiteren Angriff auf den Wirtschaftsstandort Schweiz handelt. Der nun vorliegende Staatsvertrag sieht zwar keine Obergrenze mehr vor. Hingegen wird der deutsche Luftraum vor Zürich an den wichtigen Abendstunden, sowie an Sonn- und Feiertagen so gesperrt, dass es auf dasselbe hinausläuft: An Wochentagen wären Nordanflüge über deutsches Staatsgebiet auf die Pisten 14 und 16 gemäss den deutschen Sperrzeiten nur noch bis 20 Uhr statt wie heute bis 21 Uhr erlaubt. Die einschlägige deutsche Durchführungsverordnung DVO würde voraussichtlich entsprechend angepasst. Nach einer Übergangsfrist, die 2019 ausläuft, Nordanflüge wären an Wochentagen nur noch bis 18 Uhr statt wie heute bis 21 Uhr (Wochentage) beziehungsweise bis 20 Uhr (Wochenenden und Feiertage in Baden-Württemberg) erlaubt. Ausserdem dürften die Pisten 14 und 16 nicht gleichzeitig genutzt werden, falls dadurch die Kapazität des Flughafens Zürich gesteigert werden könnte. Die Übergangsfrist endet spätestens 2019 oder nach erfolgtem Ausbau der notwendigen neuen Flughafeninfrastruktur – damit ist vor allem die Verlängerung der Westpiste für häufigere Ostanflüge gemeint.

Gemäss den 2009 von beiden Ländern gemeinsam erhobenen offiziellen Messungen sind tagsüber im Durchschnitt 490547 Schweizer und gerade mal 24 292 Deutsche (auf deutschem Boden notabene) von mehr als 45 Dezibel An- und Abfluglärm betroffen. Die südbadische haben also nicht einmal 5 Prozent des Lärms zu tragen. Das deutsche Gebiet ist spärlich besiedelt und ausserdem fliegen die Blechvögel über Deutschland noch massiv höher.

Kurzum: Die Deutschen haben alles erhalten, was sie wollten, für die Schweiz kommt der Vertrag einer Kapitulation nahe. Leuenberger seinerzeit, dafür massiv gescholten, hatte jedenfalls bessere Bedingungen ausgehandelt. Im naiven Glauben an die gutnachbarschaftliche Freundschaft hatte die heutige Landesregierung ih-

re Trümpfe entweder längst verschleudert oder gar nicht erst ins Spiel gebracht.

#### Westpiste verlängern für die Grossmacht Deutschland?

Auch die Übergangsfrist bis 2019 ist nicht befriedigend, denn bekanntlich laufen alle Fristen irgendwann ab. Auf deutscher Seite wird damit gerechnet, dass die Schweiz die Piste 28 verlängert hat, während man die Pisten 14 und 16 wegen deutschen Restriktionen nicht ausbauen kann. Aber weshalb sollten wir unsere Infrastruktur im Wert einer halben Mia. Franken den von Deutschland diktierten Eckpunkten unterwerfen?

Je mehr sich die Schweizer Landesintern mit dem An- und Abflugregime zerfleischen, desto eher profitieren Flughäfen wie Frankfurt, Stuttgart oder München. Ohnehin haben die Süddeutschen um Hohentengen und Waldshut in der Schneise zu Kloten werktags eine um bis zu 10 Stunden längere Nachtruhe als ihre Landsleute um deutsche Luftverkehrszentren. Drei deutsche Flughäfen kennen überhaupt keine Nachtruhe, insbesondere der grösste deutsche Airport Frankfurt mit 480 000 Bewegungen praktiziert den Rundumbetrieb.

Der Status quo ist zwar alles andere als optimal für unseren Kanton, aber immer noch besser als dieser Staatsvertrag, und auch gegenüber dem 2002 abgelehnten Staatsvertrag ein klarer Rückschritt. Dass das deutsche Parlament die Ratifizierung dieses Vertrages ausgesetzt hat, ist als gutes Zeichen zu werten. Eine neue Verhandlungsrunde dürfte auf die Zeit nach dem Bundestagswahlkampf anstehen. Falls es überhaupt zu neuen Verhandlungen kommt, muss auf schweizerischer Seite ein Verhandler mit Rückgrat her, der die unsere Interessen angemessen durchzusetzen weiss.

Das Ergebnis im Ständerat kennen wir, es braucht uns Zürcher auch nicht zu verwundern, befinden sich doch dort die Zürcher Interessen in einer deutlichen Minderheit. In der Mehrheit sind die Vertreter anderer Kantone, die um jeden Preis ein Ende des Fluglärmstreits wollen – auch wenn das auf dem Buckel der Zürcher Bevölkerung geschieht. Der zu dieser Problematik zugehörige Vorstoss hätte im Sinne eines deutlichen Zeichens aus dem Kanton Zürich eine Referendumsabstimmung vorgesehen, da es sich aber um eine Bundessache handelt, hätte sieben weitere Kantone eine bundesweite Volksabstimmung fordern müssen.

Einziger Support kam von den Grünen, die aber mehr an der Tatsache interessiert waren, dass das enge deutsche Korsett einerseits und durch ein – bekanntlich ja nicht nur von den Grünen anvisiertes – Pistenmatorium andererseits den Flugbetrieb Kloten so einengt, dass nur noch ein beschränkter Flugbetrieb möglich wäre. Pikant waren die Positionsbezüge im Zürcher Parlament trotzdem, denn diese divergieren teilweise von jenen derselben Parteien im Bundesparlament, wo tatsächlich die Entscheide getroffen werden. So sprachen sich im Zürcher Rathaus SP, FDP, GLP, CVP, EVP, BDP und EDU für den Staatsvertrag aus, wenn auch zähneknirschend. Sie nehmen damit eine weitere Verschärfung der Flugbeschränkungen für den Flughafen Zürich zu Lasten der schweizerischen Bevölkerung sowie weitere Verluste der Souveränität ausdrücklich hin. Die deutsche Bevölkerung in Südbaden hingegen erhält – weltweit einzigartig – noch mehr Schutz vor primär gefühltem und nicht messbarem Fluglärm, geniesst aber gleichzeitig die wirtschaftlichen Vorteile der unmittelbaren Nähe eines internationalen Grossflughafens.

### DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend Erweiterung der Ressourcen für die Kindergartenstufe nicht vorläufig unterstützt. ☹
- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend kein Qualitätsabbau in der Volksschule vorläufig unterstützt. ☺
- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend Streichung der Gemeindebeiträge an die Jugendhilfestellen vorläufig unterstützt. ☺
- ... zwei Parlamentarische Initiativen betreffend Aufhebung der Steuerbefreiung aus öffentlichen Mitteln nicht vorläufig unterstützt. ☹
- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend ordentliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vorläufig unterstützt. ☺
- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend Kantonsreferendum gegen den am 2. Juli 2012 paraphierten Staatsvertrag mit Deutschland betreffend An- und Abflugverfahren am Flughafen Zürich vorläufig unterstützt. ☺
- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend unabhängige Rekurskommission für das Kantonsspital Winterthur vorläufig unterstützt. ☺
- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend unabhängige Rekurskommission für das Universitätsspital Zürich vorläufig unterstützt. ☺

18. März 2013

### ZWEITES VIZEPRÄSIDIUM DES ZÜRCHER KANTONS RATES



### SVP-Fraktion nominiert Theres Weber-Gachnang

Die SVP-Kantonsratsfraktion hat an ihrer Sitzung vom Montag Kantonsrätin Theres Weber-Gachnang (Uetikon a. S.) einstimmig als ihre Kandidatin für das Zweite Vizepräsidium des Kantonsrates nominiert. Die 53-jährige Geschäftsfrau, dipl. Pflegefachfrau und Bäuerin gehört dem Zürcher Parlament bereits seit 1999 an. Sie ist seit 2011 auch Mitglied der Geschäftsleitung des Kantonsrats.